

Tschechische Republik

Gesamteinschätzung

Trotz der globalen Wachstumsabschwächung erreichte die Tschechische Republik im vergangenen Jahr ein Wirtschaftswachstum von real 3,6%. Die Abkoppelung von dem weltwirtschaftlichen Trend gelang vor allem aufgrund der Entwicklung der Bruttoinvestitionen, die mit einem realen Anstieg von 11,9% eine hohe Dynamik entfalteten. Deutliche Zuwächse bei den Reallöhnen, verbunden mit sinkenden Ölpreisen, stimulierten darüber hinaus die private Konsumnachfrage, die mit real 3,7% den stärksten Zuwachs seit 1996 verzeichnete. Demgegenüber ging der öffentliche Verbrauch weiterhin zurück (real -1%). Von der Belebung der Wirtschaftstätigkeit konnte allerdings der Arbeitsmarkt bislang noch nicht profitieren: die Arbeitslosenquote blieb mit 8,9% nahezu unverändert. Die jahresdurchschnittliche Inflation hat sich leicht auf 4,7% erhöht.

Diese Entwicklung wurde 2001 von einer deutlichen Verbesserung des Handelsbilanzdefizits begleitet (5,5% des BIP; 2000: 6,5% des BIP), die vor allem auf die gesunkenen Rohstoffpreise zurückzuführen ist. Zwar haben der Konjunkturabschwung in Westeuropa sowie die starke Aufwertung der Krone das Exportwachstum seit der zweiten Jahreshälfte gebremst. Insgesamt stand jedoch 2001 dem Exportanstieg von nominal 13,1% ein Importwachstum von nominal 11,7% gegenüber. Das Leistungsbilanzdefizit ist im Verhältnis zum BIP konstant geblieben (4,7%). Der rege Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen in Höhe von rund 4,8 Mrd. USD (netto) im vergangenen und voraussichtlich etwa 7 Mrd. USD (netto) im laufenden Jahr dürfte auch mittelfristig die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits ermöglichen.

Demgegenüber bleibt die Lage der öffentlichen Finanzen weiterhin angespannt. Ohne Einbeziehung der Auszahlungen aus gewährten Krediten betrug das konsolidierte Haushaltsdefizit nach vorläufigen Angaben 5,2% des BIP. Für 2002 wird von einem Anstieg des Defizits der konsolidierten Haushalte (ohne Berücksichtigung der Nettokreditvergabe) auf 9,1% des BIP bei einem gleichzeitigen Anstieg der öffentlichen Verschuldung auf ca. 19,8% des BIP ausgegangen. Vor diesem Hintergrund stellt insbesondere die Reform des Sozialsystems für die aus den bevorstehenden Wahlen hervorgehende Regierung eine wichtige Aufgabe dar. Während die Restrukturierung des Bankensektors weitgehend abgeschlossen ist, sind weitere strukturelle Reformen, einschließlich der Restrukturierung des Unternehmenssektors und der Reform der rechtlichen Rahmenbedingungen, auch im Hinblick auf den angestrebten EU-Beitritt zu beschleunigen.

Produktion und Verwendung des BIP

Der sich seit Ende 1999 abzeichnende Wachstumstrend der tschechischen Wirtschaft setzte sich trotz der zunehmend schwächeren weltwirtschaftlichen Entwicklung 2001 fort. Zwar verlangsamte sich der Anstieg des BIP im Laufe des vergangenen Jahres von jeweils 3,8% im ersten und zweiten Quartal 2001 auf 3,5% im dritten und 3,2% im vierten Quartal 2001 (jeweils real, gegenüber der gleichen Vorjahresperiode). Mit einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate von real 3,6% wurde jedoch ein um 0,7 Prozentpunkte höheres Wachstum erzielt als im Jahr 2000.

Die Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte resultierte insbesondere aus der nachlassenden Nachfrage der EU-Länder nach Gütern und Dienstleistungen aus der Tschechischen Republik. Die Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen nahmen 2001 um real 12% zu (2000: 17,1%), wobei der Anstieg im vierten Quartal vergangenen Jahres nur noch real 5,9% betrug (jeweils gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum). Bei einem gleichzeitigen Wachstum der Importe von Gütern und Dienstleistungen von real 13,7% leistete die Außenwirtschaft keinen Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Die Ab-

koppelung der tschechischen Wirtschaft vom internationalen Trend gelang vor allem aufgrund einer anhaltend dynamischen Entwicklung der Bruttoinvestitionen, die im abgelaufenen Jahr um real 11,9% zulegten. Der Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen betrug dabei real 7%, wovon allein zwei Drittel in die verarbeitende Industrie flossen. Mit einem realen Wachstum von 3,7% verzeichnete die private Konsumnachfrage 2001, insbesondere aufgrund höherer Reallöhne, den stärksten Zuwachs seit 1996. Der öffentliche Verbrauch (real -1%) ging indessen, ähnlich wie in den Vorjahren, zurück.

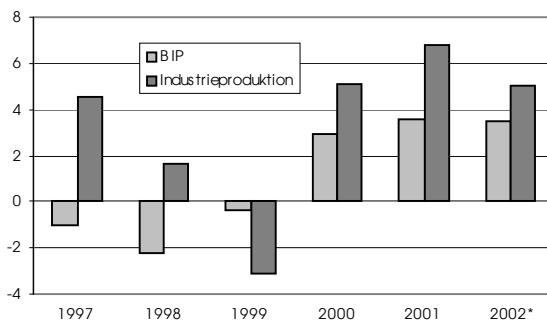
Auf der Entstehungsseite wurde das Wirtschaftswachstum wiederum maßgeblich von der Industrie getragen, die im vergangenen Jahr um real 6,8% zulegte (2000: 5,1%). Das verarbeitende Gewerbe erzielte dabei den höchsten Zuwachs (real +7,8%) mit deutlich überdurchschnittlichen Steigerungsraten in der Produktion von elektrischen und optischen Ausrüstungen (real +29,4%), Kohle- und Erdölzeugnissen (real +20,2%) sowie Maschinen und Ausrüstungen (real +16,3%). Innerhalb des verarbeitenden Sektors verzeichnete lediglich die Lederindustrie mit einem rückläufigen Output von 18,2% Einbußen. Der Anstieg der industriellen Produktion im Bergbau sowie in der Wasser-, Gas- und Strom-

versorgung betrug gegenüber 2000 jeweils real 1,9%.

Das statistische Amt hat seit Beginn dieses Jahres die Gewichtung des Warenkorbs der Industrieprodukte geändert. Die aktuelle Gewichtung erfolgt demnach nicht mehr auf der Basis der Angaben von 1995, sondern unter Berücksichtigung der Produktionseigenschaften des Jahres 2001. Durch diese Änderung wird die Darstellung der Entwicklung der Industrieproduktion beeinflusst, da sich der Anteil der wachsenden Industriezweige in den letzten Jahren deutlich erhöht hat. So wäre der Anstieg der Industrieproduktion 2001 auf der Basis der neuen Gewichtung um drei Prozentpunkte höher ausgefallen und hätte real 9,8% betragen. Vor diesem Hintergrund ist auch die scheinbar widersprüchliche Entwicklung der Industrieproduktion im Januar dieses Jahres zu sehen, die trotz rückläufiger Umsätze der Unternehmen um 0,4% ein Wachstum von real 2,6% zeigte.

Die Leistungen der Bauwirtschaft sind weiterhin deutlich gestiegen; sie erreichten im letzten Jahr gegenüber 2000 – trotz eines nachlassenden Wachstumstempos insbesondere im vierten Quartal 2001 – eine reale Zuwachsrate von 9,6%. Zu der Belebung des Baugewerbes trug maßgeblich die Errichtung von Produktionsstätten durch ausländische Investoren bei. Günstig wirkten sich auch die im Vergleich zur Industrie niedrigeren Lohnkosten aus. Demgegenüber entwickelte sich der Hausbau rückläufig, die Baugenehmigungen nahmen 2001 um 8,4% ab.

Reales Wirtschaftswachstum
Veränderung gg. Vorjahr in %



* Prognose

Für das laufende Jahr wird mit einem etwa gleich hohen Anstieg des BIP wie 2001 gerechnet, wobei sich die Wachstumsaussichten nach geringeren Wachstumsraten in den ersten Monaten erst in der zweiten Jahreshälfte 2002 verbessern dürften. Rückläufige Impulse sind infolge eines angenommenen geringeren Investitionswachstums zu erwarten, während zugleich davon ausgegangen wird, dass bei relativ niedrigen Inflationsraten, einem vergleichsweise niedrigen Zinssatz und merklichen Lohnerhöhungen die Kaufkraft der Konsumenten zunehmen

und den privaten Verbrauch weiter stärken wird. Vor diesem Hintergrund kann, getrieben von einer über regen Importnachfrage und einer starken Krone, mit einem Anstieg des Handelsbilanzdefizits gerechnet werden. Wie schnell sich eine Verbesserung des Außenhandels einstellen wird, hängt wesentlich von dem konjunkturellen Aufschwung im westeuropäischen Raum ab. Die Perspektive eines baldigen EU-Beitritts dürfte jedoch den Zufluss von Direktinvestitionen anregen und damit eine Finanzierung des aus den ungünstigen Handelsentwicklungen resultierenden hohen Leistungsbilanzdefizits ermöglichen. Ob diese Erwartungen erfüllt werden, hängt allerdings nicht zuletzt von den Reform- und Restrukturierungsanstrengungen der Regierung ab.

Arbeitsmarkt

Trotz der Belebung der Wirtschaftstätigkeit und steigender ausländischer Direktinvestitionen blieb die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Bei einer insgesamt stagnierenden Anzahl der Beschäftigten (4,76 Mio.) erreichte die Arbeitslosenquote Ende vergangenen Jahres 8,9% und fiel damit um 0,1 Prozentpunkt höher aus als im Dezember 2000 (gemäß ILO-Definition).

Anhaltende Entlassungen infolge der Restrukturierung vieler tschechischer Unternehmen konnten durch die vergleichsweise hohe Anzahl neu geschaffener Arbeitsplätze nicht vollständig kompensiert werden. Auch die insbesondere seit dem vierten Quartal 2001 eingetretene Verlangsamung der industriellen Produktion und der Exportentwicklung hat zu dieser Situation beigetragen. Darüber hinaus stellt die unverändert geringe Mobilität der Arbeitskräfte, die durch die akute Wohnungsknappheit noch verschärft wird, einen wesentlichen Grund für die stagnierende Arbeitslosenquote dar. Der Wohnraum-mangel ist auch wesentlich für die starke Ausprägung der regionalen Disparitäten verantwortlich: Während die Arbeitslosigkeit im Wirtschaftsraum Prag bei knapp über 3% lag, betrug sie in den Regionen Ustecky und Moravskoslezky jeweils mehr als 13%.

Verbunden mit einem seit längerem bestehenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in bestimmten Wirtschaftsbereichen trägt die ungleiche regionale Verteilung zu einer hohen Anzahl von Langzeitarbeitslosen in der Tschechischen Republik bei. Gleichzeitig deutet diese negative Entwicklung darauf hin, dass der Spielraum für ein reales Wirtschaftswachstum geringer sein dürfte, als dies auf den ersten Blick aus der Arbeitsmarktstatistik hervorgeht.

Der Anstieg der Löhne hat sich im letzten Jahr indessen beschleunigt. Die durchschnittlichen Brutto-Nominallöhne nahmen im vergangenen Jahr gegenüber 2000 um 8,5% (2000: 6,6%) zu, die Reallöhne

fielen um 3,6% (2000: 2,6%) höher aus als im Vorjahr. Damit lag die Reallohnsteigerung geringfügig über dem jahresdurchschnittlichen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität (3,3%), wodurch die Wettbewerbsfähigkeit der tschechischen Wirtschaft zusätzlich beeinträchtigt wurde. Im Vergleich zu den in 2001 realisierten Produktivitätszuwächsen in der Industrie (5,0%) und der Bauwirtschaft (8,5%) fiel die durchschnittliche Reallohnsteigerung allerdings geringer aus.

Auch für dieses Jahr wird nicht mit einer Entlastung der Situation auf dem Arbeitsmarkt gerechnet. Im Falle eines schwachen Export- und Produktionsanstiegs dürfte sich die Arbeitslosenquote 2002 sogar noch erhöhen. In den ersten vier Monaten dieses Jahres lag sie jeweils über den Vergleichswerten des Vorjahres und betrug zuletzt im April dieses Jahres 8,8% (April 2001: 8,3%). Mit einer Anhebung des monatlichen Mindestlohns zum ersten Januar dieses Jahres von 5000 CZK auf 5700 CZK sowie des Mindeststundenlohns von 30 CZK auf 33,9 CZK will die Regierung auch die Anreize zur Annahme einer Beschäftigung steigern. Die Höhe des Existenzminimums liegt derzeit bei 4100 CZK. Es wird davon ausgegangen, dass es im Zuge der Parlamentswahlen in diesem Jahr zu einer Anhebung der Löhne, vor allem im öffentlichen Sektor, kommen wird. Die Gewerkschaften haben für dieses Jahr angekündigt, eine Steigerung der Gehälter um bis zu 8% durchsetzen zu wollen.

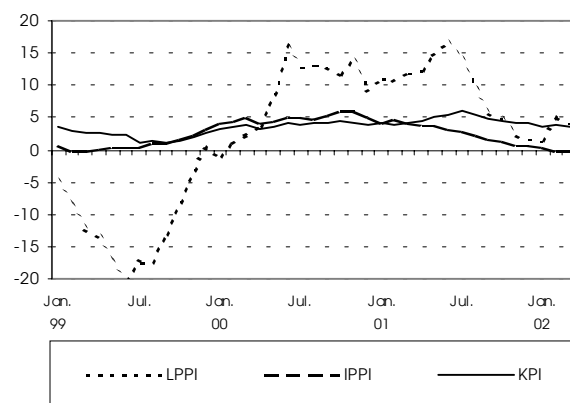
Geld- und Fiskalpolitik

Vor dem Hintergrund einer starken Aufwertung der tschechischen Krone gegenüber dem EURO sowie der gefallenen Ölpreise auf dem Weltmarkt hat sich die durchschnittliche Inflationsrate der Verbraucherpreise 2001 gegenüber dem Vorjahr erneut erhöht. Sie erreichte 4,7% und lag damit um 0,8 Prozentpunkte über der Jahresinflation von 2000 und um 2,6 Prozentpunkte über der des Jahres 1999. Zum Jahresende 2001 sank die Preissteigerungsrate auf 4,1%, nachdem die Konsumentenpreise im Juli 2001 im Vergleich zum Juli 2000 noch um 5,9% zugenommen hatten. Für den Anstieg der Konsumentenpreise waren in erster Linie die Erhöhungen der regulierten Preise für Mieten, Wasser, Elektrizität und Brennstoffe verantwortlich, die im Jahresdurchschnitt um 9,9% angehoben wurden. Insgesamt machten die Erhöhungen der administrativen Preise im vergangenen Jahr rund zwei Drittel des Preisanstiegs aus. Ihr relativ großer Anteil an der Inflationsrate der Verbraucherpreise spiegelt sich auch in einer fallenden Rate der Kerninflation (bereinigt um den Einfluss regulierter Preise und anderer administrativer Maßnahmen auf die Preisentwicklung) wider, die mit 2,4% auch innerhalb des festgelegten Zielkorridors der Tschechischen Nationalbank von 2%-4% blieb.

Der auf die Industriegüter bezogene Anstieg der Produzentenpreise fiel im Jahresdurchschnitt 2001 mit 2,9% geringer aus als die Erhöhung der Konsumentenpreise. Vor allem ab der zweiten Jahreshälfte 2001 kam es zu einer deutlich geringeren Zunahme der Industriegüterpreise; im Dezember lagen sie lediglich um 0,8% über dem gleichen Vorjahresmonat (Dezember 2000 gegenüber Ende 1999: 5,0%). Zu dieser Entwicklung trug insbesondere der Rückgang der Weltmarktpreise für Energie bei, der bei Erdöl und anderen Raffinerieerzeugnissen mit 32% gegenüber dem Vorjahr am stärksten ausfiel. Der Anstieg des Produzentenpreisindex für landwirtschaftliche Güter (+ 8,4%) und das Bauwesen (+4,1%) lag hingegen wesentlich über der Erhöhung der Industriegüterpreise.

Für 2002 wird mit einem geringeren Anstieg der durchschnittlichen Konsumentengüterpreise gegenüber 2001 gerechnet. Die Verbraucherpreise stiegen im Zeitraum Januar bis April um 3,6% gegenüber der gleichen Periode 2001. Auch in den nächsten Monaten sollte sich die starke Aufwertung der tschechischen Krone in Verbindung mit den niedrigen Produzentenpreisen in einer Reduzierung der Konsumentenpreise niederschlagen. Die starke Krone sorgte zusammen mit den niedrigeren Rohstoffpreisen erstmals seit Februar 1999 für einen Rückgang der Produzentenpreise im Zeitraum von Februar bis April dieses Jahres von jeweils zwischen 0,1% und 0,2% (gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat). Kurz vor den Wahlen kann zudem davon ausgegangen werden, dass eine Erhöhung administrativer Preise eher gering ausfallen dürfte. Für die privaten Haushalte hat die Regierung die Gaspreise in diesem Jahr sogar um 8% gesenkt.

Monatliche Jahresänderungsraten der Konsumentenpreise (KPI), der Produzentenpreise in Industrie (IPPI) und Landwirtschaft (LPPI) (in %)



Im April letzten Jahres hat das Parlament eine Änderung der Rahmenbedingungen für die Tschechische Nationalbank zur Erreichung des Inflationsziels verabschiedet. Ähnlich wie in westeuropäischen Ländern soll sich die Geldpolitik der Tschechischen Nationalbank demzufolge nicht mehr am Wechsel-

kursziel orientieren, sondern nach mittel- bis langfristigen Inflationszielen richten. Bis Ende 2005 gibt die Nationalbank den angestrebten Zielkorridor der Kerninflation mit 2% bis 4% an. Die neue Ausrichtung der Geldpolitik soll für eine höhere Transparenz der monetären Politik und eine bessere Eindämmung der Inflationserwartungen sorgen.

Im Verlauf des vergangenen Jahres hat die Nationalbank im Nachgang zur aktuellen Inflationsentwicklung mehrmals die Zinshöhe verändert. Ende 2001 lagen der Diskontsatz bei 3,75%, der Lombardsatz bei 5,75% und der zweiwöchige Repo-Satz bei 4,75%. In diesem Jahr wurden die Leitzinsen erneut gesenkt, zuletzt im April. Mit einem Diskontsatz von 2,75% bzw. 4,75% und einem zweiwöchigen Repo-Satz von 3,75% verzeichnet die Tschechische Republik die niedrigsten Zinsen in Ostmitteleuropa. Gleichzeitig stieg die Geldmenge M2 im Jahr 2001 um rund 12% und damit doppelt so stark wie 2000.

Allerdings besteht der Eindruck, dass die Nationalbank, wenn auch nunmehr ohne ein festes Wechselkursziel, zumindest vorübergehend dem Druck der heimischen Produzenten nachgegeben hat, aus Wettbewerbsgründen eine zu starke Aufwertung der Krone zu verhindern. Einhergehend mit der mehrfachen Senkung der Leitzinsen intervenierte sie auf dem Devisenmarkt gegen den Anstieg, ohne damit jedoch einen wesentlichen Einfluss auf den Wechselkurs ausüben zu können.

Im vergangenen Jahr vollzog sich eine starke nominale (rund 8%) und reale (rund 4%; auf der Basis induzierter Produzentenpreise) Aufwertung der Tschechischen Krone gegenüber dem EURO, deren Tempo sich im vierten Quartal 2001 und in den ersten Monaten dieses Jahres zunehmend beschleunigt hat. Der Wechselkurs der Krone zum EURO stieg von 35,14 im Januar 2001 auf 30,36 im April 2002 (jeweils Monatsdurchschnitt). Zu der Aufwertung der Landeswährung trägt maßgeblich der hohe Kapitalzufluss in Form von ausländischen Direktinvestitionen bei. Die kontinuierlich hohen Privatisierungserlöse werden am Markt vorbei direkt bei der Nationalbank zwischengelagert, während Greenfieldinvestitionen direkt in den Markt fließen.

Das Defizit des Zentralbudgets 2001 ist mit 67,7 Mrd. CZK (3,2% des BIP) niedriger ausgefallen als vom Finanzministerium erwartet. Nach Angaben des Finanzministeriums beliefen sich die Einnahmen auf 623,3 Mrd. CZK, denen Ausgaben von 690,9 Mrd. CZK gegenüberstanden. Allerdings war dieses Ergebnis eher das Resultat von Sonderfaktoren als von bewussten Anstrengungen der Regierung, das Budgetdefizit zu reduzieren. So wurden bestimmte Ausgaben des neuen extrabudgetären Fonds für Transport und Wohnungen im abgelaufenen Jahr zunächst zurückgestellt und auf den Beginn des Jahres 2002 verschoben. Zusammen mit den Teilverlusten der Treuhandgesellschaft für die Konsolidierung des Bankwesens, Konsolidační agentura, und

den Regionaltransfers im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform, führten diese Ausgaben im Januar dieses Jahres zu einem Anstieg des Zentralbudgetdefizits auf 3,4 Mrd. CZK (Januar 2000: Überschuss von 18,8 Mrd. CZK).

Unter Einbeziehung der Nettokreditvergabe betrug das Defizit der konsolidierten Haushalte (einschließlich Staatshaushalt, Kommunen, Renten- und Krankenversicherung sowie außerbudgetärer Fonds) nach vorläufigen Angaben des Finanzministeriums 2,4% des BIP (52,3 Mrd. CZK). Ohne Berücksichtigung der Auszahlungen aus gewährten Krediten betrug das konsolidierte Haushaltsdefizit nach vorläufigen Angaben 5,2% des BIP (111,2 Mrd. CZK). Auch mittelfristig bereitet die fiskalische Stabilität der Tschechischen Republik Anlass zur Sorge. Dies schlägt sich auch in dem für 2002 geplanten Anstieg des Defizits der konsolidierten Haushalte (ohne Berücksichtigung der Nettokreditvergabe) auf 9,1% des BIP nieder, der mit einem erwarteten Anstieg der (konsolidierten) öffentlichen Verschuldung von (vorläufigen) 18,8% des BIP im Jahr 2001 auf 19,8% des BIP im laufenden Jahr einhergehen soll. Außerbudgetäre Fonds, darunter der Fonds für das nationale Vermögen sowie die neuen Fonds für Wohnungsbau, Infrastruktur und Umwelt, tragen ferner zum Mangel an Transparenz der Staatsfinanzen bei und verdecken die Höhe des tatsächlichen Schuldenstands.

Die aus den bevorstehenden Wahlen hervorgehende Regierung und das Parlament haben sich dieser Herausforderung anzunehmen, wobei der Schwerpunkt zunächst auf der Reform des Sozialsystems liegen sollte. Während die Restrukturierung des Bankensektors bereits weitgehend abgeschlossen ist, müssen weitere strukturelle Reformen – einschließlich der Restrukturierung des Unternehmenssektors und der Reform der rechtlichen Rahmenbedingungen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des angestrebten EU-Beitritts – beschleunigt werden.

Außenwirtschaft

Zwar hat vor allem der Konjunkturabschwung in Westeuropa, verbunden mit der starken Aufwertung der Tschechischen Krone, das Exportwachstum im Jahresverlauf 2001 zunehmend gebremst (viertes Quartal 2001: nominal +5,1% gegenüber der gleichen Vorjahresperiode). Vor dem Hintergrund hoher Zuwächse bei den Ausfuhren im ersten Halbjahr verzeichneten die Warenexporte jedoch im gesamten vergangenen Jahr gegenüber 2000 einen Anstieg von 13,1% gegenüber einem Importanstieg von 11,7% (jeweils auf Kronenbasis). Insbesondere wegen der gesunkenen Weltmarktpreise für Rohstoffe verringerte sich das Handelsbilanzdefizit 2001 von 6,5% des BIP im Jahr 2000 deutlich auf 5,5% des BIP (3,1 Mrd. USD). Die positive Entwicklung der Außenhandelspreise im gesamten vergangenen

Jahr schlug sich in einer Verbesserung der Terms of Trade 2001 gegenüber dem Vorjahr um 2% nieder.

Die Mitgliedsländer der Europäischen Union blieben auch 2001 mit einem Anteil von rund 69% der Exporte und rund 62% der Importe die Haupthandelspartner der Tschechischen Republik. Deutschland stellt dabei weiterhin den mit Abstand bedeutendsten Einzelmarkt dar. Aufgrund der engen Handelsverflechtung mit der Bundesrepublik, die unter der wirtschaftlichen Schwäche im EURO-Raum litt, gingen jedoch die Anteile an den Ausfuhren nach Deutschland gegenüber 2000 um 2,3 Prozentpunkte auf rund 38% zurück, während die Anteile an den Einfuhren aus der Bundesrepublik leicht auf rund 33% anstiegen. Mit der Slowakischen Republik wurden 8% der Exporte und 5,4% der Importe getätigt. Der deutliche Rückgang des Ölpreises hat im letzten Jahr das chronische Handelsbilanzdefizit mit Russland schrumpfen lassen: 2001 betrug der Anteil des Defizits aus dem Handel mit Russland am gesamten tschechischen Handelsbilanzdefizit 48%, 2000 machte er noch 54% aus.

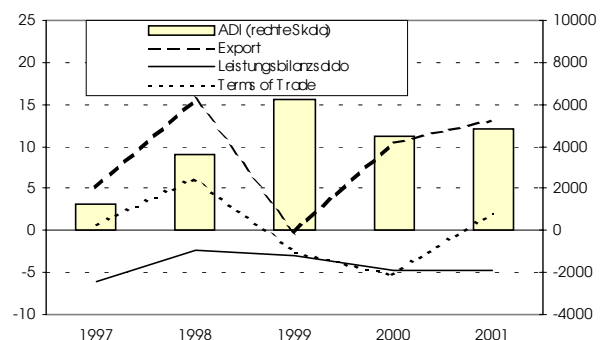
Hinsichtlich der Warenstruktur des Außenhandels stellten die Warengruppen Maschinen und Ausrüstungen sowie Kraftfahrzeuge sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten die wichtigste Kategorie dar. Ihr Anteil an den Gesamtimporten machte 2001 12,1% bzw. 8,9% aus, während sich ihr Anteil an den Gesamtexporten auf 11,8% bzw. 16,4% belief. Zum Handelsbilanzdefizit trug im letzten Jahr insbesondere die negative Bilanz im Außenhandel mit Öl und Gas (-85,5 Mrd. CZK) sowie chemischen Produkten (-66,5 Mrd. CZK) bei. Die Defizite aus dem Handel mit diesen beiden Warengruppen sind im abgelaufenen Jahr gegenüber 2000 um jeweils nominal 4,5% bzw. 16% gestiegen.

Bei einer positiven Entwicklung des Außenhandels und einem Überschuss in der Dienstleistungsbilanz von 1,4 Mrd. USD ist das Leistungsbilanzdefizit mit 4,7% des BIP (2,65 Mrd. USD) gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben. Ihm stand ein Kapitalbilanzüberschuss von rund 7% des BIP gegenüber, der insbesondere durch den regen Zustrom an ausländischen Investitionen bewirkt wurde. Das Nettovolumen ausländischer Direktinvestitionen erreichte im vergangenen Jahr nach vorläufigen Angaben der Tschechischen Nationalbank rund 4,8 Mrd. USD, von dem ein Drittel auf Privatisierungseinnahmen, maßgeblich auf die Privatisierung der Komerční banka, der Česke radiokomunikace und des Wasserwerks in Prag, entfiel. Neben den Privatisierungserlösen machen sich zunehmend auch die Greenfieldinvestitionen bemerkbar.

Trotz der Fortsetzung des günstigen Trends in der Handelsbilanz in den ersten vier Monaten 2002 (Defizit: 0,30 Mrd. USD; gleiche Periode 2001: 0,99 Mrd. USD) wird für das laufende Jahr insbesondere infolge der Aufwertung der Währung und einer weiterhin anziehenden Konsumnachfrage von einem etwas höheren Handelsbilanzdefizit und einem

leichten Anstieg des Leistungsbilanzdefizits ausgegangen. In Abhängigkeit von der Wachstumsdynamik der USA und Westeuropas könnte sich eine nachhaltige Entlastung der Situation erst 2003 ergeben. Der massive Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen in die Tschechische Republik dürfte jedoch auch mittelfristig die Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite ermöglichen; in diesem Jahr wird der Nettozufluss ausländischer Direktinvestitionen aller Voraussicht nach mit etwa 7 Mrd. USD bzw. über 11% des BIP einen Rekordwert aufweisen.

Leistungsbilanz*, Exporte, ADI***
und Terms of Trade**



* in % des BIP, ** Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in %, *** ADI = Ausländische Direktinvestitionen in USD, brutto.

Institutioneller Wandel und wirtschaftspolitische Aussichten

Mit dem Verkauf der Komerční banka an die französische Société Générale (für 40 Mrd. CZK) im Juni letzten Jahres wurde der Privatisierungsprozess der tschechischen Großbanken abgeschlossen. Damit dominieren zur Zeit drei Finanzinstitute den tschechischen Bankensektor: Tschechiens größte Bank, CSOB, die mit der tschechischen Bank IPB fusionierte und deren Mehrheit die belgische KBC Bank erworben hat, gefolgt von der Komerční banka und der Česka spořitelna, an der die Österreichische Erste Bank die Mehrheit hält. Während die neu privatisierten Banken in der ersten Phase einen internen Reorganisationsprozess durchlaufen und deshalb auch bei der Kreditvergabe zunächst Zurückhaltung zeigen, sollte die Tschechische Republik mittelfristig von einem effizienten Bankensektor profitieren können. Infolge der hart umkämpften Marktanteile im Finanzsektor rechnen Analysten mit weiteren Fusionen und Übernahmen im Bankensektor.

Die mehrheitliche Privatisierung des tschechischen Telekommunikationsunternehmens Český Telecom AS, Prag, das mit 4 Mio. Festnetz- und 3,2 Mio. Mobilfunkkunden der lokale Marktführer ist, steht indessen immer noch aus und wird voraussichtlich nach den Wahlen entschieden. Zu der Verzögerung des Verkaufs haben in jüngster Zeit unterschiedliche Preisvorstellungen zwischen der Regie-

nung und potentiellen strategischen Investoren geführt. Unter den verbliebenen Bietern sind nach Angaben des tschechischen Finanzministers das Konsortium der Deutschen Bank AG, der Investment- und Beraterfirma Blackstone Group und des dänischen Telekomkonzerns TDC sowie ein von der Swisscom geführtes Konsortium, zu dem neben dem Schweizer Telekomkonzern die Beteiligungsgesellschaften CVC Capital Partners und Spectrum Equity Investors gehören.

Unterschiedliche Preisvorstellungen waren auch für das Scheitern der Privatisierung des tschechischen Stromunternehmens CEZ A.S. verantwortlich. Nun plant die Regierung drastische Maßnahmen zur Konsolidierung des Konzerns, dessen Veräußerung sich bereits seit 1999 hinzieht und für deren Verschiebung zunächst Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung hinsichtlich der Privatisierungsstrategie gesorgt haben. Die Kraftwerke der CEZ deckten im vergangenen Jahr rund 59% der Stromnachfrage. Den Ausfall des Vertrages mit E.ON und den negativen Einfluss des Enron-Zusammenbruchs hat das Unternehmen nach eigenen Angaben durch Verkäufe an regionale Verteiler und höhere Gebühren fast vollständig wettgemacht.

Demgegenüber ist die fast vollständige Übernahme des tschechischen Gasversorgers Transgas (97% der Anteile) und acht regionaler Gasunternehmen (jeweils zwischen 46% und 58% der Anteile) durch den RWE-Konzern perfekt, nachdem die tschechische Kartellbehörde, die erst Bedenken gegen den gebündelten Verkauf der Unternehmen vorgebracht hatte, die Veräußerung nun genehmigt hat. Der entsprechende Kaufvertrag wurde von den Parteien bereits im Dezember letzten Jahres unterschrieben.

Im Rahmen der Parlamentswahlen im Juni dieses Jahres sind die Sozialdemokraten (ČSSD) als stärkste Kraft bestätigt worden (30,2%), gefolgt von der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) mit 24,5%, der kommunistischen Partei (18,5%) und der zentristischen Koalition (14,3%). Im Hinblick auf die angestrebte EU-Integration dürften sich durch den Wahlausgang keine wesentlichen Änderungen ergeben. Die ČSSD hat sich klar für Tschechiens EU-Beitritt ausgesprochen und schließt eine Koalition mit der kommunistischen Partei aus.

Die Verhandlungen der EU mit der Tschechischen Republik haben weitere Fortschritte gemacht. So wurde das Steuerkapitel Ende letzten Jahres vorläufig abgeschlossen. Die tschechische Regierung verpflichtete sich demnach, die Mehrwertsteu-

er-Vorschriften der EU bis zum 31. Dezember 2007 zu übernehmen und gleichzeitig eine schrittweise Angleichung der Verbrauchsteuer sicherzustellen. Insgesamt hat die Tschechische Republik bislang 25 von 31 Verhandlungskapiteln mit der EU vorläufig abgeschlossen und nimmt damit eine vordere Position unter den Kandidatenländern ein.

Durch die im Einklang mit dem EU-Recht stehende jüngste Änderung des Bankengesetzes wurden zudem die rechtlichen Rahmenbedingungen des Finanzsektors verbessert. Einen wesentlichen Aspekt des neuen Gesetzes bildet die Ausweitung der Bankenaufsicht und die Stärkung der Gesetze gegen Geldwäsche. Dringend notwendige Reformen des Konkursrechts und des Handelsregisters sind demgegenüber weiter ausgeblieben.

Mit der Zustimmung der tschechischen Regierung zu dem geplanten Verkauf des großen notleidenden Stahlunternehmens Nova Hut wurde kürzlich einer wesentlichen Forderung der EU im Hinblick auf eine nachhaltige Restrukturierung der Stahlindustrie als einem wesentlichen Punkt des Wettbewerbskapitels entsprochen. Die tschechische Regierung hatte ursprünglich die Fortführung der bisherigen Subventionspolitik anstelle der geforderten Privatisierung des Stahlsektors durchsetzen wollen. Das Kapitel Landwirtschaft gestaltet sich aufgrund anhaltender Unstimmigkeiten zwischen der EU und der Tschechischen Republik hinsichtlich der Verteilung von Subventionen – ähnlich wie bei den anderen Beitrittskandidaten – dagegen weiterhin problematisch.

In ihrem letzten Fortschrittsbericht stellte die EU-Kommission fest, dass die Tschechische Republik bezüglich der politischen Kriterien weitere Fortschritte insbesondere im Hinblick auf die Stabilität der Minderheitenrechte und die Verankerung der Rechtsstaatlichkeit gemacht hat. Besonders in den Bereichen der Korruptionsbekämpfung und der Vergabe öffentlicher Finanzmittel besteht demzufolge allerdings noch ein erhebliches Verbesserungspotential. Aus wirtschaftlicher Sicht seien vor allem die mittelfristige Konsolidierung des Haushalts, eine konsequente Umsetzung der Strukturreformen sowie die Fortsetzung der Maßnahmen zur Beseitigung notleidender Bankkredite unabdingbar, um dem Wettbewerbsdruck innerhalb der Union standhalten zu können.

ALEXANDRA REPPEGATHER

Tschechische RepublikFläche: 78,9 Tsd. km²; Bevölkerung: 10,29 Mio.**Gesamtwirtschaftliche Indikatoren**

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt							
BIP, nominal	Mrd. Kč	1668,8	1837,1	1887,3	1959,6	2146,1	2295
BIP, nominal	Mrd. USD, amtl. Wechselkurs	53,0	56,9	54,5	50,8	56,4	62,5
BIP, real	Veränd. gg. Vorj., %	-1,0	-2,2	-0,4	2,9	3,6	3,5
BIP pro Kopf	USD, amtl. Wechselkurs	5141	5529	5305	4943	5484	.
	Kaufkraftparität	13162	13175	13553	14277	15086	.
BIP	1989=100 ¹	97,6	95,5	95,1	97,9	101,4	.
Industrie	1989=100 ¹	78,2	79,5	77,0	81,0	86,5	.
Produktionsentwicklung, real							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	4,5	1,6	-3,1	5,1	6,8	5
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	-5,1	0,7	0,6	-4,5	2,0	.
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	-3,9	-7	-6,5	5,3	9,6	.
Struktur laut VGR, nominal							
Industrie	% des BIP	34,3	35,3	34,3	34,8	31,1	.
Land-, Forst- und Fischereiwirt.	% des BIP	4,7	4,6	3,7	3,8	3,6	.
Bauwesen	% des BIP	8,6	8,0	7,5	7,1	6,4	.
Dienstleistungen	% des BIP	52,4	52,1	54,4	54,3	58,9	.
Anteil des Privatsektors	% des BIP	76,0	77,6	77,2	76,2	.	.
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten	76,4	77,3	80,1	84,0	.	.
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	reale Veränd. gg. Vorj., %	-2,9	-3,9	-0,6	4,2	7,0	5
Investitionsquote lt. VGR	% des BIP, real	32,4	31,9	32,8	34,9	37,7	.
Zufluss von Direktinvest., netto	Mio. USD	1275,2	3590,7	6234,2	4477,0	4820	7000
darunter aus Deutschland	Mio. EUR	531	741	836	928	552	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte, JD	Mio. Personen	4,93	4,85	4,77	4,73	4,76	.
in der Industrie	% d. Besch.	32,4	32,8	32,8	32,7	31,2	.
im öff. Sektor	Mio. Personen	1,17	1,11	0,94	0,75	.	.
Arbeitslosenquote, JE	% (ILO-Def.)	5,2	7,5	9,4	8,8	8,9	9,5
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2, JE	Veränd. gg. Vorj., %	8,7	5,2	8,1	6,5	12,1	.
Zinssatz, jährl. JE	%, Rediskontsatz	13,0	7,5	5,0	5,0	3,75	.
Realzins (PPI, lfd. Jahr), JD ²	%, jährl., aufg. Kred.			7,6	1,9	3,3	.
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	8,5	10,7	2,1	3,9	4,7	4
Konsumgüterpreise, JE	Veränd. gg. Vorj., %	10	6,8	2,5	4,0	4,1	.
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	4,9	4,9	1,0	4,9	2,9	3
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	10,5	9,3	8,2	6,6	8,5	.
Bruttolöhne, real, JD	Veränd. gg. Vorj., %	1,9	-1,3	6,0	2,6	3,6	.
Privater Verbrauch, real lt. VGR	Veränd. gg. Vorj., %	1,8	-2,9	0,7	1,7	3,7	3,5
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	-0,4	-7,3	2,1	4,3	4,3	.
Sparquote (brutto) ⁴	% des verf. Eink.	11,2	10,1	10,5	9,0	7,1	6,9
Lebensstandard							
Durchschn. Monatslohn, JD	USD, brutto	337	362	366	350	385	.
brutto	amtl. Wechselkurs	875	871	932	1006	1029	.
brutto	Kaufkraftparität	23,4	22,7	27,1	28,2	34,1	.
Mindestlohn/Bruttodurchschn.-lohn	%	58,3	59,0	58,0	60,3	59,8	.
Altersrente/Nettodurchschn.-lohn	%						

Tschechische Republik – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Öffentliche Haushalte (konsolidiert¹)							
Einnahmen	Mrd. Kč	665,3	709,4	744,0	781,0	854,2	900
Ausgaben	Mrd. Kč	685,2	737,5	755,0	843,0	906,5	864
Budgetsaldo	Mrd. Kč	-19,8	-28,2	-11,1	-62,0	-52,3	36
Budgetsaldo	% des BIP	-1,3	-1,9	-0,4	-3,2	-2,4	1,5
Öffentl. Verschuldung	% des BIP	13,0	13,3	15,0	15,1	18,8	19,8
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt (fob)							
Export	Mio. USD	22776,7	26351,4	26264,6	29034,1	33347,1	36000
Import	Mio. USD	27317,1	28904,9	28167,2	32319,5	36474,9	40000
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-4540,4	-2553,5	-1902,6	-3285,4	-3127,9	-4000
Anteile wichtiger Handelspartner							
Export nach							
EU	% der Exporte	59,9	64,2	69,2	68,5	68,9	.
Deutschland	% der Exporte	35,7	38,5	42,1	40,4	38,1	.
GUS und Baltikum, TL (europ. TL+GUS, ohne CEFTA) ⁹	% der Exporte	7,2	6,0	4,1	4,2	4,2	.
Russland	% der Exporte	3,4	2,5	1,4	1,3	1,5	.
CEFTA ¹⁰	% der Exporte	22,3	20,3	17,5	16,9	17,0	.
Slowakei	% der Exporte	12,9	10,6	8,2	7,7	8,0	.
Import aus							
EU	% der Importe	61,5	63,5	64,0	62,0	61,8	.
Deutschland	% der Importe	31,7	34,5	33,9	32,3	32,9	.
GUS und Baltikum, TL (europ. TL+GUS, ohne CEFTA) ⁹	% der Importe	8,3	6,9	6,3	8,0	7,3	.
Russland	% der Importe	6,8	5,5	4,8	6,4	5,5	.
CEFTA ¹⁰	% der Importe	15,1	14,0	13,5	13,0	12,6	.
Slowakei	% der Importe	8,4	7,2	6,1	6,0	5,4	.
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. EUR	8436	9557	10040	12797	14938	.
Deutsche Einfuhr	Mio. EUR	7058	8775	10152	12868	14511	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. EUR	1378	781	-113	-72	427	.
Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition							
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	-3211	-1335,7	-1567,1	-2273	-2654	-3000
	% des BIP	-6,1	-2,4	-3,0	-4,7	-4,7	-4,8
Währungsreserven, ges., JE	Mrd. USD	14,7	18,5	19,0	21,4	.	.
Währungsreserven der CNB, JE	Mrd. USD	9,8	12,6	12,9	13,1	14,5	.
Wechselkurse, JD	Kč/USD	31,71	32,27	34,60	38,59	38,04	36,7
	Kč/EUR			36,88	35,6	34,2	33
Realer Wechselkurs zum USD ³	Veränd. gg. Vorj., %	-9,7	5,5	-6,4	-11,0	0,3	.
Realer Wechselkurs zum EUR ³	Veränd. gg. Vorj., %	.	.	.	3,0	4,8	.
Terms of Trade	Index 1991=100	107,2	113,9	110,9	105,2	107,3	.
Auslandsverschuldung,							
brutto, Dez.	Mrd. USD	21,6	24,3	22,9	21,5	21,7	.
netto, Dez.	Mrd. USD	11,8	11,7	10,0	8,4	7,2	.
brutto, Dez.	% des BIP	40,8	42,7	42,0	42,3	38,5	.
Schuldenquote, brutto	% des BIP	41,1	43,7	43,1	43,6	38,5	.
Schuldenquote, brutto	% der Exporte	94,9	92,4	87,2	74,1	65,1	.
Schuldendienstquote	% der Exporte	15,8	16,0	11,8	12,0	11,1	.

Anmerkungen: * = z. T. vorläufige Werte; ** Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

¹ Jahr vor dem ersten, deutlichen transformationsbedingten Einbruch; ² für neu vergebene Kredite der Geschäftsbanken; ³ auf der Basis der ind. Produzentenpreise; ⁴ Änderung der Bruttoersparnisse in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte; ⁵ Anteil der Haushalte mit höchstens 50% des Durchschnittsnettoeinkommens je Haushaltsmitglied; ⁶ Koeffizient der Einkommensverteilung zwischen 0 und 100; gleichförmigere Verteilungen haben einen niedrigeren Wert, zum Vergleich: Deutschland 28,1 (1989); ⁷ Staats- und kommunale Haushalte einschl. zentraler außerbudgetärer Fonds, Renten- und Krankenversicherung und Nationaler Vermögensfonds; ⁸ GUS und Baltikum: Albanien, Armenien, Azerbaijan, Weissrussland, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgyzstan, Lettland, Litauen, Moldavien, Russland, Ukraine, Uzbekistan, ehemaliges Jugoslawien ohne Slowenien. ⁹ CEFTA: Tschechische Republik, Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien.

Quellen: Aktuelle und revidierte Statistiken des Tschechischen Statistischen Amtes, der Tschechischen Nationalbank und des Tschechischen Finanzministeriums, Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; IWF, eigene Berechnungen und Schätzungen.